

28.08.2014

Stellungnahme zur Situation der Regionalen Sozialpädagogischen Dienste (RSD) in Berlin

Hintergrund:

Die Situation in den Jugendämtern ist unverändert katastrophal. Seit November 2012 weisen Berlins Fachkräfte, Jugendamtsleiter_innen und Jugendhilfeausschüsse auf akute Missstände im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hin.¹

Die Stellungnahme will politische Hintergründe skizzieren und Fachliche Forderungen begründen. Dabei beziehen wir uns auf Protokolle und Anträge des Berliner Abgeordnetenhauses, sowie Informationen aus der Presse und Gesprächen mit Fachkräften.

Aus der Perspektive der Fachkräfte ist dringender Handlungsbedarf geboten.

Nach zahlreichen Reformen² im Bereich des Kinderschutzes, Beschlüssen zum Personalabbau und aktuellen Sparvorgaben geraten die Mitarbeiter_innen im RSD immer mehr unter Druck. In weniger Zeit müssen immer mehr Kinderschutzmeldungen bearbeitet werden. Darüber hinaus soll für Hilfen immer weniger Geld ausgegeben werden.³

Nachdem über ein Jahr lang nichts passierte, hängten im Dezember 2013 Kolleg_innen weiße Laken aus ihren Fenstern um zu signalisieren: Die Belastung ist zu groß - sie kapitulieren!

Bei den darauf folgenden Demonstrationen wurden drei Zentrale Forderungen gestellt:

1. Fallzahlbegrenzung
2. Stellenplanung mit Vertretungsreserve
3. Eingruppierung der Fachkräfte in die Entgeltstufe E10.

Im März 2014 stellte dann die Fraktion DIE Linke im Abgeordnetenhaus einen Antrag, der gezielt die Arbeitsbedingungen der Sozialarbeiter_innen thematisiert und verbessern soll - „Kinderschutz braucht mehr Personal“⁴. Am 15. Mai kam es zur Anhörung im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie, des Berliner Abgeordnetenhauses.

In dieser öffentlichen Sitzung wurden Fachkräften und Expert_innen angehört. Frau Senatorin Scheeres teilte mit, dass sie bei den Bezirken eine Anfrage gestellt hat, um eine „IST Analyse“ zu machen. Erfragt werde u.a. wie viele Stellen nicht besetzt sind (durch Krankheit oder nur

¹ Chronik der Brandbriefe und Pressemeldungen s.u.

² Im offenen Brief der Jugendamtsleiter_innen werden 9 Reformen aufgelistet, die zur Arbeitsverdichtung geführt haben. <http://einmischen.info/joomla2.5/images/UPLOADS/Offener%20Brief.pdf>

³ So hat sich z.B. die Anzahl von Fachleistungsstunden und die Dauer von Hilfen, auf 3h pro Woche dramatisch verringert.

⁴ <http://www.parlament-berlin.de/adoss/17/BildJugFam/vorgang/bjf17-0192-v.pdf>

punktuell nicht besetzt) und wie hoch die Fluktuation bzw. Verweildauer von neuen Kolleg_innen im RSD ist. In der Sitzung wurde deutlich: Alle Akteure nehmen den Kinderschutz sehr ernst.

Im Juli entstand dann ein Maßnahmenkatalog der Senatsverwaltung BJW zur nachhaltigen Sicherung der Aufgabenerfüllung der Berliner Jugendämter, der in 4 Punkten bis Ende 2014, Zahlen und konzeptionell ausgearbeitete Handlungsoptionen aufzeigen soll.

Wo liegt das Problem?

Um die Frage nach Personalbedarf im Jugendamt zu klären hat der Senat gemeinsam mit dem Rat der Bürgermeister (RdB) ein „Musterjugendamt“ entwickelt. Dieses wurde jedoch August 2011 vom Rat der Bürgermeister abgelehnt.⁵

Da Berliner Bezirke eine eingeschränkte Haushaltsautonomie besitzen, ist eine Regulierung durch den Senat im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nicht gewünscht. Das Konzept des Globalsummenhaushaltes - der Bezirk bekommt hierbei Mittel vom Senat, die er selbst verwaltet und auf der anderen Seite Sparvorgaben vom Senat - sowie wachsende Bedarfe im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe führen zu einem Spannungsfeld.⁶

Jetzt, drei Jahre später, soll der Dialog wieder aufgenommen werden: Die Senatorin kündigt am 15. Mai 2014 an, sich mit den zuständigen Stadträten treffen zu wollen.

Allen Akteuren ist klar, der Personalabbau in Berliner Behörden und der allgemeine Sparkurs stehen fest. Wenn man die bestehenden Stellen im RSD behalten will, muss woanders gekürzt werden - von der Einstellung mehr Personals ganz zu schweigen.

Der hohe Druck führt nicht nur zu vermehrten Erkrankungen, sondern auch zu einem Mangel an Ausbildung und Einarbeitung neuer Kolleg_innen. Wer stark belastet ist, nimmt keine Berufspraktikant_innen an, hat keine Zeit neue Kolleg_innen intensiv zu begleiten.

Der ständige Druck, etwas zu übersehen, keine Zeit für kontinuierliche Begleitung und Beratung, hohe Entscheidungsverantwortung; all das führt dazu, dass viele Kolleg_innen, auch mit langjähriger Berufserfahrung, auf der Suche nach anderen Arbeitsplätzen sind.

Beobachtungen/ Forderungen der Fachkräfte:

Es lassen sich folgende Beobachtungen festhalten: unterschiedliche Ressourcen in den Bezirken, unterschiedliche Strukturen innerhalb der Jugendämter.⁷

1. Ausstattung: Mehr Personal und Stellenplanung mit Vertretungsreserve!

Das „Vier-Augen Prinzip“ bei Kinderschutzmeldungen, kann nicht eingehalten werden.

Das Mitwirken bei familiengerichtlichen Verfahren und Hilfekonferenzen in der Schule, kann durch die zuständigen Kolleg_innen nicht mehr gewährleistet werden.

Aufgrund der fehlenden Vertretungsreserve ist der Vertretungsfall zum Regelfall geworden und Fort- und Weiterbildungen der Fachkräfte finden kaum statt, um das Team nicht zusätzlich zu belasten.

⁵ RdB – Beschluss R1005/2011 vom 18.8.2011

⁶ [Schriftliche Anfrage \(4.Juli 2014\): Warum hält der Senat seit Jahren an einem veralteten Musterjugendamt fest? \(Graf/PIRATEN\) http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-14148.pdf](http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-14148.pdf)

⁷ Brandbriefe der Jugendamtsleiter wurde von 11 von 12 Bezirken unterzeichnet, Brandbriefe der Jugendhilfeausschüsse 12 von 12.

Supervision ist nicht durchgängig gewährleistet; vor allem bei angespannter Haushaltslage werden Anträge von Kolleg_innen nicht bewilligt. Supervision ist jedoch ein wesentliches Kriterium um professionelles Arbeiten gewährleisten zu können.

2. Bezahlung: Berlin muss endlich nachziehen!

Wer in Berlin im RSD anfängt zu arbeiten wird nach Entgeltstufe E9 vergütet. Dabei stehen die hohe Verantwortung in Kombination mit schwierigen Arbeitsbedingungen, einer unverhältnismäßig niedrigen Vergütung gegenüber. Zum Vergleich: in Hamburg werden die gleichen Stellen mit der Entgeltstufe E10 vergütet.

Das Durchschnittsalter im RSD ist relativ hoch, was vor allem beunruhigend ist, wenn man berücksichtigt, dass die Fluktuation unter den jungen Kolleg_innen besonders hoch ist.

Die Attraktivität des Arbeitsfeldes muss unbedingt verbessert werden, um auch in Zukunft gut qualifizierte Fachkräfte für den Kinderschutz in Berlin zu interessieren.

3. Fallzahlbegrenzung muss eingeführt werden!

In der öffentlichen Debatte werden Zahlen von 80 bis 120 Fällen pro Fachkraft genannt. Hier sei angemerkt, dass keine einheitliche Zählweise existiert, in der zwischen Fällen von Hilfen zur Erziehung (HzE) und sogenannten Sonstigen Hilfen nach dem SGB VIII unterschieden wird.⁸

Als Fall gelten Kinderschutzmeldungen, laufende HzE-Leistungen, laufende Familiengerichtsverfahren und laufende Beratungsakten mit mindestens drei Kontakten innerhalb eines Vierteljahres.

Bei einem „Fall“ handelt es sich durchaus nicht nur um ein Kind, sondern um komplexe Familiensysteme.

Der Entwurf des Musterjugendamtes (2008) empfiehlt für eine angemessene Personalausstattung 35 Fälle HzE und 25 Sonstige Hilfen pro Vollzeitäquivalente (VZÄ). Seit dieser Empfehlung gab es 9 Reformen die zur Arbeitsverdichtung im RSD geführt haben und eine Neubewertung notwendig machen.

Position des DBSH Berlin

Die Forderung der Kolleg_innen in den Jugendämtern nach Absenkung der zu betreuenden HzE auf 28 Fälle, nach einer Vergütung Entgeltstufe E10 und nach einer Personalplanung mit Vertretungsreserve wird vom DBSH Berlin unterstützt.

Außerdem wird gefordert, dass der Senat alternative Finanzierungsmodelle für den Kinderschutz und die offene Kinder- und Jugendarbeit entwickelt, da diese seit Jahren zum Opfer von bezirkspolitischen Sparplänen werden.

Alle Kolleg*innen fordern wir auf, jetzt solidarisch miteinander für Verbesserungen einzutreten und die unzumutbaren Umstände weiterhin öffentlich zu machen.

DBSH Berlin, 28.08.14

⁸ Seit Juni 2013 arbeitet die Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter der bezirklichen Jugendämter (AG Jug AL) an einer einheitlichen Zählweise von Fällen im RSD. Siehe: *Bericht zum Beschluss Nr. 02/2013 der LG FFC HzE vom 14.06.2013 zur „Einheitlichen Fallzählung im RSD“* vom 6.6.2014.

Brandbriefe

21.11.2012 Offener Brief der Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter der Berliner Jugendämter
<http://einmischen.info/joomla2.5/images/UPLOADS/Offener%20Brief.pdf>

23.11.2012 1.Brandbrief der Jugendhilfeausschuss Vorsitzenden
<http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/presse/archiv/20121123.1210.378494.html>

30.10.2013, S. 1 (Berliner Woche) Brandbrief vom Jugendamt (Charlottenburg-Wilmersdorf) Mitarbeiter fühlen sich von ihrer Stadträtin vernachlässigt

02.12.2013 (GEW): Berliner Jugendämter kapitulieren
http://einmischen.info/joomla2.5/images/UPLOADS/PE_57_Berliner%20Jugend%C3%A4mter%20kapitulieren.pdf

05.12.2013 2. Brandbrief der Jugendhilfeausschuss Vorsitzenden - Moratorium Wiedervorlage
<http://www.jugendhilfe-bewegt-berlin.de/startseite/aktuelles-detailansicht/article/2-brandbrief-der-berliner-jugendhilfeausschussvorsitzenden.html>

Pressespiegel

25.11.2012 (Tagesspiegel) Bezirke: Berlin spart Angebote für Jugend kaputt
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/landespolitik-bezirke-berlin-spart-angebote-fuer-jugend-kaputt/7435790.html>

27.11.2012 (nd) Brandbrief mahnt zur Jugendhilfe
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/805568.brandbrief-mahnt-zur-jugendhilfe.html>

28.11.2012 (Berliner Morgenpost) Berliner Jugendhilfe in Not - Bezirke fordern mehr Geld
http://einmischen.info/joomla2.5/images/UPLOADS/2012_11_28_Mopo_Berliner_Jugendhilfe_in_Not.pdf

19.03.2013 (berliner woche) Verwaahloste Kinder: Jugendämter schlagen Alarm – jeder Tag ein Drahtseilakt
<http://www.berliner-woche.de/nachrichten/berlin/artikel/14271-verwaahloste-kinder-jugendaemter-schlagen-alarm/>

30.04.2013 (DLF) Prekäres Arbeiten – Alltag auf dem Jugendamt
http://www.deutschlandradiokultur.de/prekaeres-arbeiten.947.de.html?dram:article_id=245018

18.11.2013 (rbb) 'Land unter' im Jugendamt
http://www.rbb-online.de/abendschau/archiv/20131118_1930/jugendamt.html

25.11.2013 Jugendämter völlig überlastet
<http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/nahaufnahme/201311/197851.html>

26.11.2013 (rbb) Wenn Sozialarbeiter verzweifeln ...
<http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2013/11/Sozialarbeiter-Berlin-ueberlastet.html>

02.12.2013 (rbb) Jugendämter in Not
http://www.rbb-online.de/abendschau/archiv/20131202_1930/jugendamt.html

03.12.2013 (rbb) - Jugendhilfe schlägt Alarm - Jugendämter übergeben "Brandbrief" an den Senat
<http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2013/12/jugendhilfe-schlaegt-alarm.html>

03.12.2013 (Tagesspiegel) Berliner Kinderschutzstellen "kaum noch arbeitsfähig"

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandbrief-der-jugendhilfe-an-senat-berliner-kinderschutzzstellen-kaum-noch-arbeitsfaehig/9159706.html>

04.12.2013 (GdP) GdP fordert Senat zum sofortigen Handeln auf
http://www.gdp.de/gdp/gdpber.nsf/id/DE_Arbeitsueberlastung-in-Aemtern

05.12.2013 (taz) Kurz vor der Kapitulation
<http://www.taz.de/Hilferuf-an-den-Senat!/128874/>

05.12.2013 (berliner zeitung) Jugendämter schlagen erneut Alarm
<http://www.berliner-zeitung.de/berlin/sparmassnahmen-jugendaemter-schlagen-erneut-alarm,10809148,25535732.html>

05.12.2013 (berliner Woche)Bürgermeister verhängt Haushaltssperre fürs Jugendamt
<http://www.berliner-woche.de/nachrichten/bezirk-lichtenberg/artikel/31809-buergermeister-verhaengt-haushaltssperre-fuers-jugendamt/>

09.12.2013 (berliner Woche) Zu wenig Personal, zu wenig Geld
<http://www.berliner-woche.de/nachrichten/bezirk-tempelhof-schoeneberg/artikel/32009-zu-wenig-personal-zu-wenig-geld/#ixzz2n95EoRHq>

13.12.2013 (Tagesspiegel) Berliner Sozialarbeiter protestieren gegen hohe Arbeitslast
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/demonstration-berliner-sozialarbeiter-protestieren-gegen-hohe-arbeitslast/9216394.html>

16.12.2013 (taz) Keine Zeit für vorbeugende Hilfen
<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ba&dig=2013%2F12%2F16%2Fa0151&cHash=086a907e14c841e35570b18dfb3e2a21>

12.01.2014 (taz) Kinderschutz: Jugend ohne Geld.
<http://www.taz.de/Kinderschutz!/130867/>

23.01.2014 (taz) Hamburgs Jugendämter hoch belastet
90 zu bearbeitende Fälle gab es im Jahr 2013 pro Sachbearbeiter. Viele von ihnen sind Berufsanfänger.
Ein Professor fordert die Obergrenze von 28 Fällen
<http://www.taz.de/Wenig-Personal-!/131627/>

13.02.2014 (rbb InfoRadio) Kein Geld für Jugendarbeit
<http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/nahaufnahme/201402/201140.html>

13.02.2014 (rbb) - Jugendarbeit steht in Berlin hinten an
<http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2014/02/finanzierung-jugendarbeit-berlin.html>

10.04.2014 (tagesspiegel) Jugendämter sind heillos überfordert
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/kinderschutz-jugendaemter-sind-heillos-ueberfordert/9745944.html>

10.04.2014 (rbb Abendschau) Zu wenig Personal für Kinderschutz
<http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2014/04/jugendaemter-fordern-mehr-personal-fuer-kinderschutz.html>

26.04.14 (hamburger abendblatt) Sozialarbeiter zu Recht auf der Zinne. In Hamburgs Jugendämtern formiert sich der Protest.
<http://www.abendblatt.de/meinung/article127327349/Sozialarbeiter-zu-Recht-auf-der-Zinne.html>

30.04.14 (tagesspiegel) Personalmangel, hohe Belastung, wenig Geld "Die Jugendämter müssen neu aufgestellt werden"
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/personalmangel-hohe-belastung-wenig-geld-die-jugendaemter-muessen-neu-aufgestellt-werden/9823562.html>

Stand: Mai 2014